

St. Peters Bote,

Die älteste deutsche katholische Zeitung Canadas, erscheint jeden Donnerstag in Muenster, Sask., und kostet bei Vorauszahlung:

In Canada, per Jahrgang \$2.00
In den Staaten u. Ausland, \$2.50
Einzeln Nummern 10 Cents.

Ankündigungen werden berechnet zu 1.00 Dollar pro Zeile einseitig für die erste Einrückung, 50 Cents pro Zeile für nachfolgende Einrückungen.

Kolportagen werden zu 20 Cents pro Zeile wöchentlich berechnet.

Geschäftsangelegenheiten werden zu \$2.00 pro Zeile für 4 Insertionen, oder \$30.00 pro Zeile jährlich berechnet. Rabatt bei großen Aufträgen gewährt.

Jede nach Ansicht der Herausgeber für eine erfolgreiche katholische Familienzeitung unpassende Anzeige wird unbedingt zurückgewiesen.

Man adressiere alle Briefe u.s.w. an
ST. PETERS BOTE,
Muenster, Sask., Canada.

St. Peters Bote.



Die erste deutsche katholische Zeitung Canadas, wird mit Empfehlung des hochw. Hsten + Bischofs Pascal von Prince Albert und des hochw. Hsten + Erzbischofs Langevin von St. Boniface, wöchentlich herausgegeben von den Benedictiner-Vätern zu Münster, Sask., Canada.

18. Jahrgang, No. 33. Münster, Sask., Donnerstag den 6. Oktober 1921. Fortlaufende No. 918.

St. Peters Bote,

the oldest Catholic newspaper in Saskatchewan, is published every Thursday at Muenster, Sask. It is an excellent advertising medium.

SUBSCRIPTION:
\$2.00 per year, payable in advance.
\$2.50 to the United States and abroad
Single numbers 10 cents.

ADVERTISING RATES:
Transient advertising \$1.00 per inch for first insertion, 50 cents per inch for subsequent insertions. Reading Notices 20 cents per count line. Display advertising \$2.00 per inch for 4 insertions, \$20.00 per inch for one year. Discount given on large contracts. Legal Notices 12 cts. per agate line 1st insertion, 8 cts. later.

No advertisement admitted at any price, which the publishers consider unsuited to a Catholic family paper.

Address all communications to
ST. PETERS BOTE,
Muenster, Sask., Canada.

Vom Ausland

Berlin. Graf Hugo zu Lerchenfeld, der neue bayerische Ministerpräsident, hat in seiner Antrittsrede vor dem bayerischen Landtage erklärt, eine seiner Hauptaufgaben würde in der Aufrechterhaltung der Ordnung, deren Herbeiführung so große Schwierigkeiten gemacht, bestehen. Er sprach sich für absolute Treue der deutschen Nation gegenüber aus. Das neue Kabinett schließt sämtliche Mitglieder des früheren von Kahr-Ministeriums ein, mit Ausnahme des Finanzministers.

Zwischen der Reichsregierung und Bayern ist der Friede wieder hergestellt worden. Graf von Lerchenfeld, der neue bayerische Ministerpräsident, kam nach Berlin und es gelang ihm, Reichskanzler Brüning in allen bis auf einen Punkt zum Nachgeben zu bringen. Die Reichsregierung verstand sich dazu, nicht wieder direkt zu versuchen, bayerische Zeitungen zu unterdrücken, und in die Polizeibefugnisse der Staaten nicht mehr einzugreifen. Sollten wiederum Meinungsverschiedenheiten entstehen, so soll ein Schiedsgericht die Frage entscheiden. Ein Komitee des Reichsrats soll dies Schiedsgericht bilden. Graf Lerchenfeld verstand sich dazu, daß das gemilderte Kriegsgesetz, das in Bayern seit der bolschewistischen Herrschaft in München bestanden hat, aufgehoben werden soll.

Bern. Louis Forrer, zweimaliger Präsident des Schweizer Bundes, ist gestorben. Im Jahre 1904 wurde Forrer zum Vizepräsidenten gewählt und am 14. Dezember 1905 Präsident. Sechs Jahre später wurde er wieder Vize-Präsident und abermals Präsident.

Budapest. Von den Gallerien des Saales der Nationalversammlung wurden am 24. Sept. fünf Schüsse auf den Grafen Julius Andrássy und den früheren Präsidenten der Nationalversammlung, Rakowsky, abgefeuert, aber alle gingen fehl. Als Attentäter wurde der ehemalige Leutnant József Kover verhaftet. Die Polizei behauptet, sie habe eine weitverbreitete Verschwörung gegen das Leben der Leiter der Bewegung für Zurückrufung Karls auf den Thron entdeckt. Einer der eifrigsten Anhänger des Kaisers Karl ist Andrássy.

London. Die englische Volkszählung von 1921, mit der sich die Londoner Zeitungen sehr lebhaft beschäftigen, hat über die Reihenfolge der Großstädte im Vereinigten Königreich einige Aufschlüsse gebracht. Birmingham steht jetzt endgültig als zweite Stadt nach London in England und Wales mit einer Bevölkerung von 919,438; es wird nur von London, Glasgow und Kalkutta innerhalb des britischen Weltreiches übertroffen. Noch vor 20 Jahren war Birmingham die vierte der englischen Städte mit nur wenig über einer 1/2 Million Einwohner, seitdem hat es Liverpool und Manchester überflügelt. Es hat die größte Zunahme im Lande erfahren. Liverpool hat 803,118, Manchester 730,531 Einwohner. Darauf folgen Sheffield mit 490,000, Leeds mit 458,000, Bristol mit 377,000, West Ham mit 300,000, Hull mit 287,000 und Bradford mit 285,000 Einwohnern.

England hofft auf eine Regelung der irischen Frage durch die Zusammenkunft von Mitgliedern des britischen Kabinetts mit Vertretern von Sinn Fein hier am 11. Oktober. Die rasche Antwort von Cammon de Valera, worin er die Einladung des Premierministers zu einer Beratung annimmt, und der verständliche Ton des neuesten Meinungswechsels zwischen London und Dublin scheint eine Vereinbarung zur Lösung der Frage in Aussicht zu stellen. Seit dem schicksalsschweren Tage im Jahre 1155, als Heinrich der Zweite durch Rom den Besitz von Irland beanspruchte, schien die Aussicht auf Frieden zwischen England und der Bevölkerung jener Insel selten so hell. Londoner Blätter nehmen nicht an, daß eine Beilegung gewiß ist, und sie erkennen, daß der Weg zum Frieden lange und schwierig sein wird. Aber starke Hoffnung ist vorhanden, auch wenn das vollständige Vertrauen fehlt. Lloyd George wird von manchen Seiten wegen seines Geschicks und der Geduld bei Behandlung der mühsamen Verhandlungen gelobt. Nach Meinung der Daily News liegt die Hauptgefahr für den Frieden nicht im Beratungszimmer, vielmehr in den Zuständen in Irland. Zwei Gefahren treten nach der Zeitung hervor — die unaufhörlichen Unruhen in Belfast und das Bestehen von Internierungslagern. Die Zeitungen vermeiden noch eine Besprechung der Frage, wie die republikanischen Ansprüche des Dail Eireann mit Großbritannien vereinbar gemacht werden können.

Paris. Die Entschädigungskommission der Entente hat jetzt in Paris ihre Einschätzung des Wertes der Schiffe bekannt gegeben, die Deutschland nach dem Versailler Vertrag auszuliefern hatte und bewertet sie endgültig auf 745,000,000 Mark Gold (etwa \$180,000,000). Es handelt sich um Fahrzeuge von zusammen 2,143,407 Tonnen, wovon 611,327 auf Passagiere, 1,452,191 auf Frachtdampfer, 80,140 auf Segelschiffe, 9,749 auf Fischerboote entfallen.

Rom. Wie aus Durazzo gemeldet wurde, werden in Albanien alle Männer im Militäralter zum Kampfe gegen die Serben einberufen. Serbische Truppen haben die Albaner am Drin-Flusse in der Nähe der alten montenegrinisch-albanischen Grenze angegriffen und das Dorf Arag erobert, das sie einäscherten. Die Albaner machten später Gegenangriffe und eroberten einen Teil ihrer alten Stellungen zurück. Auf beiden Seiten waren die Verluste schwer.

Berlin. Der Reichstag nahm am 30. Sept. die Vorlage auf Genehmigung des Friedensvertrags mit den Ver. Staaten an. Nur die Kommunisten stimmten dagegen. Der Beschluß des Reichstags endet das gesetzgeberische Verfahren, welches auf Deutschlands Seite zur Ratifikation des Abkommens notwendig ist. Der Reichstag genehmigte den Vertrag am 17. September. Im amerikanischen Senat wird versucht, durch eine Vereinbarung den Vertrag am 14. Oktober zur Abstimmung zu bringen.

Wien. Oesterreich erwartet, daß die Alliierten den vormaligen Kaiser Karl verhindern, Westungarn als Operationsstützpunkt für einen neuen Feldzug zu benutzen, um den ungarischen Thron zurückzuerlangen. Die österreichische Regierung überfandte an den Rat der Botschafter in Paris eine Note, welche auf Westungarns Vorgehen hinweist, sich für unabhängig zu erklären. Nach Oesterreichs Befürchtung stecken Karls Anhänger hinter diesem Schritt. Man fürchtet, daß Karl zum König ausgerufen wird und dann versucht, seine Herrschaft auf das übrige Land zu erweitern, falls er aus der Schweiz nach Westungarn zu gelangen vermag. Das Gebiet, das seine Unabhängigkeit verkündet hat, wurde von Oesterreich und von Ungarn beansprucht. Die Budapestiner Regierung stellt in Abrede, daß sie mit der Unabhängigkeitserklärung irgend etwas zu tun habe.

Berlin. Ein Bericht des Schatzamts über die Art und Weise, wie die Franzosen mit den von Deutschland für die Erhaltung der französischen Besatzungsarmee gezahlten Geldern umgingen, zu einer Zeit da Deutschland kaum instande war, seinen Entschädigungsverpflichtungen nachzukommen, rief im Reichstag große Entrüstung hervor. In dem Berichte wurde gesagt, daß Deutschland auf Befehl französischer Generale 731,000 Mark für die Einrichtung von Häusern zu unmoralischen Zwecken in der französischen Besatzungszone liefern mußte. Ferner hätten die Franzosen Wandelbildtheater konfisziert, die 10,000,000 Mark kosteten. Die Kosten der militärischen Besatzung des Rheingebiets durch die Alliierten werden auf die Hälfte der Kosten der Verwaltung des übrigen Deutschlands geschätzt.

Aus Hamburg wird die Aufindung des vergrabenen Schatzes des Piraten Klaus Störtebeker aus den Tagen der alten Hanse berichtet. Eine große eisenerne Kiste wurde von einem der modernen Schatzgräber nahe der Norddeichstraße, 2 Meilen vom Ostdeich blosgelobt. Sie ist mit Gold angefüllt. Nach deutschem Recht kann der Finder nur 10 Prozent des Wertes beanspruchen, wenn die Eigentümer ihren Anspruch nachweisen können. Neben dem Gold fand sich noch ein auf 20 Millionen bewerteter Silberbeschlag. Der Störtebekerschatz wurde seit langen Zeiten in vielen deutschen Piratensagen erwähnt und man hat schon lange darnach gesucht.

Der Opernkomponist Professor Engelbert Humperdinck starb in Neustrelitz an einem Schlaganfall. Unter den von ihm komponierten Opern sind „Hansel und Gretel“, und die „Königskinder“ vollständig geworden. Er war am 1. September 1854 in Sieburg in der Rheinprovinz geboren, studierte Musik am Konservatorium in Köln und später in München unter Franz Lachner und an der königlichen Musikschule unter Rheinberger. Später lernte er Richard Wagner kennen und half diesem bei der Auführung des Parsifal in Bayreuth in den Jahren 1880 und 1881. Professor Humperdinck war zweimal in New York, 1905, als „Hansel und Gretel“, und 1910, als „Die Königskinder“ dort aufgeführt wurden.

Magdeburg. Der Sonderberichterstatter der Magdeburger Zeitung in Breslau teilt mit: In

einer Unterredung mit dem Generalkonsul der Handelsdelegation der russischen Sowjetregierung, der sowohl auf der Leipziger, wie auf der Breslauer Messe ein Auskunfts-bureau für deutsch-russische Handelsfragen unterhält, gab dieser einen interessanten Ueberblick über die bisher von der russischen Handelsabordnung mit Deutschland getätigten Einkäufe und Bestellungen. Danach überschreitet die Gesamtsumme der an deutsche Firmen erteilten Aufträge bereits 4 Milliarden Mark.

London. Nach letzten Berichten, die in London vorliegen, ist die Kontroll-Kommission der Entente, die Deutschlands Entwaffnung zu beaufsichtigen hat, mit dem gegenwärtigen Stand der Ablieferung, bezw. Vernichtung von Kriegsbedarf zufrieden. Nach Zahlen, die bis Mitte September reichen, sind nur noch 102 Geschütze zu zerstören, während 32,000 bereits zerstört sind; 1,000 Tonnen geladene Artillerie-Geschütze sind vorhanden, während 34,000,000 Tonnen zerstört worden sind; Grabenmörser sind 110,350 zerstört, 186 noch übrig; 83,566 Maschinengewehre sind zerstört, 2,852 übrig; nachdem 4,180,000 Infanterie-Gewehre zerstört sind, bleiben noch 163,000 zu zerstören; schließlich sind noch 355,000,000 Handfeuerwaffen aller Art neben der dazu gehörenden Munition zerstört und noch 90,000,000 solche übrig.

Frankreich wird auf der Washingtoner Konferenz durch Premier Briand persönlich vertreten sein. Tokio. Soweit festgestellt wurde, sind 400 Menschen in dem Ozean, der über den Norden und Westen Japans hingebraut ist, umgekommen. In Toyama sollen 300 Fischer ihr Leben verloren haben. Viele Leichen sind ans Land gespült worden.

Shanghai. Bei einer Ueberschwemmung in der Provinz Kiangwei sind Tausende von Menschen ums Leben gekommen. Der angerichtete Schaden wird auf achtzig Millionen Dollar angegeben; ein Gebiet, das größer ist als der Staat Connecticut, steht unter Wasser. Dies ist die dritte große Katastrophe, von der China innerhalb eines Jahres heimgeführt wird. Von einer Hungersnot heimgeführt, bei der Millionen von Menschen ums Leben gekommen sind. In der Provinz Kansu wurden weite Landstriche durch ein Erdbeben verwüstet und ungefähr 40,000 Menschen kamen ums Leben. Durch die Ueberschwemmung in Kiangwei ist die Bahnverbindung zwischen Shanghai, Tientsin und Peking unterbrochen. Der Missionar Wesley M. Smith von der südlichen Mission, die in Changsu, in der Provinz Kiangsu ihren Sitz hat, ist der erste Europäer, der Kunde von der Katastrophe bringt. Er hat einen Teil des Ueberschwemmungsgebietes bereist. Wie er meldet, liegt das Ueberschwemmungsgebiet etwa 60 Meilen nördlich von Nanjing. Es ist fruchtbares dicht bevölkertes Ackerland mit zahlreichen Dörfern und unmauerten großen Städten. Die Flüchtlinge sammelten sich auf den Bahndämmen, wo sie dicht aneinander gedrängt lagerten. Viele von ihnen wurden von den Hilfszügen getötet.

Motherwell in Regina nominiert; Premier Martin unterstützt Liberale.

Regina. Am 30. Sept. fand hier die Konvention zur Nominierung eines liberalen Kandidaten statt, die um so bemerkenswerter ist, als bei dieser Gelegenheit Premier Martin in deutlicher Weise seinen Standpunkt in der kommenden Dominion-Wahl barlegte. Unter dem Jubel der Versammlung wurde Herr Motherwell als Kandidat für den Wahlkreis Regina aufgestellt. Motherwell dankte gerührt für die ihm erwiesene hohe Ehre und legte dann sein Programm dar. Er sagte u. a.: Da es so gut wie ausgeschlossen ist, daß sich die nächste Regierung auf eine einzige starke Mehrheitspartei stützen kann, so behalte ich mir vor, jeweils diejenige Kombination zu unterstützen, von der ich am ehesten die Verwirklichung der liberalen Grundzüge erwarten kann. Sollte aber verjagt werden, aus den Protektionisten, die es mehr oder weniger in jeder Partei gibt, eine Koalitionsgovernment zu bilden, so werde ich solche Absicht mit aller mir zu Gebote stehenden Energie bekämpfen. Auch Motherwell bedauerte es, daß man noch nicht gelernt habe, mit anderen am selben Strang zu ziehen, mit denen man dieselben Interessen habe, und daß durch das Dasein dreier Parteien die politische Lage verwirrt und verwirrt geworden ist. Er sprach dann über Dominion-Angelegenheiten im Allgemeinen, und beantwortete die Aufhebung der Einwanderungsbeschränkungen, denn nach seiner Ansicht würden sich die überschuldeten und zurückbleibenden canadischen Nationalbahnen nur durch dichtere Besiedlung des Westens emporarbeiten, und dieses Ziel sei eben am schnellsten nur durch vermehrte Einwanderung zu erreichen. Premier Meighen hat in letzter Zeit mehrfach die Beschränkung erhoben, daß das Programm sowohl der Liberalen wie der Progressiven Partei gar nicht darauf berechnet sei, ausgeführt zu werden, sondern nur ihren Anhängern Sand in die Augen streuen will. Motherwell meinte dazu, ein Mann, der solche Ansichten auspricht, zeige damit nur, wie er es unter gleichen Umständen machen würde. „Wie ein Mensch in seinem Herzen denkt, so ist er.“

Als nächster Redner sprach Premier Martin. Er wiederholte seine schon früher ausgesprochene Ansicht, daß Federal- und Provinzialpolitik nichts mit einander zu tun haben, und daß die Leute, welche Provinzial-Geschäfte führen, sich möglichst wenig in die Angelegenheiten einer Dominion-Partei einzumischen haben. Die Provinzialregierung als solche unterstützt keine Dominionpartei, und jedes Regierungsmitglied mag helfen wem es will. „Ich persönlich aber als Bürger dieses Wahlkreises gebe Herrn Motherwell meine herzlichste Unterstützung. Kein anderer Mann in Saskatchewan ist wohl so gut befähigt, einen Wahlkreis unserer Provinz zu vertreten wie Herr Motherwell. Er ertrug alle Entbehrungen und Strapazen des Pionierlebens und ist mit den frühesten Anfängen der Farmerbewegung identifiziert. In seiner 13-jährigen Wirksamkeit als Landwirtschaftsminister diente er den Farmern der Provinz auf glänzende Weise und wohl kein anderer

canadischer Landwirtschaftsminister hat soviel zur Förderung der Landwirtschaft getan.“

Der Premier sprach dann über die verschiedenen nationalen Probleme, denen die neue Regierung sich gegenüber sehen würde. Vor dem Kriege war die canadische Nationalschuld \$340,000,000, jetzt beträgt sie \$2,350,000,000. Allein die davon zu zahlenden Zinsen sind jetzt höher als die Gesamteinkünfte Canadas vor dem Kriege. Die größte Sparmaßnahme mußte von der Regierung geübt werden. Eines der schlimmsten Probleme stellen die Nationalbahnen dar, die im letzten Jahr \$70,000,000 Defizit aufwiesen. Man fragt sich, wie lange Canada sich den Luxus einer 22,000 Meilen langen Staatsbahn leisten kann, denn wenn sie jährlich soviel kostet, stehen wir bald vor dem Bankrott. Der Redner bedauerte, als er auf die Tariffrage zu sprechen kam, daß die beiden Parteien, die doch dieser Frage im selben Sinne gegenüberstehen, getrennt vorgehen, und drängte auf Zusammenarbeiten der Liberalen und Progressiven, wo immer es irgend möglich sei. Premier Martin erkannte die Unberechtigung der Farmerpartei an, da die Farmer wirklich nicht so wie es ihnen zukommt im Parlament vertreten seien. Soweit sie durch ihre Partei ihre wirtschaftliche Lage verbessern wollen, befände er, Martin, sich in vollständiger Sympathie mit den Farmern. Aber wenn die Farmerpartei, wie in einzelnen Teilen des Landes schon versucht wird, zu einer reinen Klassenpartei gemacht werden soll, wo nur Farmer Zutritt haben, dann hätte er keine Sympathie dafür. Unsere Parlamentarier müssen alle Bevölkerungsklassen vertreten, nicht nur eine bestimmte. Des längeren sprach der Premier über die Tariffrage, um die es sich bei der kommenden Wahl hauptsächlich dreht. Premier Meighen hatte gesagt, es gebe nur zwei Wege, Schutz Zoll oder Freihandel. Das ist nicht wahr. Der Zolltarif kann so herabgesetzt werden, daß dadurch sogar die Einnahmen des Landes ganz bedeutend erhöht werden, und für eine derartige Tarifrevision tritt die Liberale Partei — und sicher auch die Progressive Partei — ein.

Minister Tunning führte dann noch kurz aus, daß er die liberalen und progressiven Kandidaten überall dort unterstützen würde, wo sie allein einem Konventionen gegenüberüberhanden, er würde sich aber nicht dazu ergeben, „einem Liberalen zu helfen, seinem progressiven Gegenkandidaten die Gabel abzuschneiden“, oder umgekehrt. Die Wähler dieser Provinz spielen doch nur den Ferkel in die Hände, die nach dem Rezept „Teile und herrsche“ die Aufteilung von einem liberalen und progressiven Kandidaten im selben Wahlkreis nur betreiben.

Am selben 30. Sept. hielten auch die Anhänger der Reichen Regierung eine große Versammlung in Regina, auf der die National Liberale und Konervative Vereinigung von Saskatchewan in's Leben gerufen wurde. J. F. Bryant von Regina wurde zum Präsidenten der Vereinigung gewählt. Die Redner, darunter Parlamentariermitglieder und Senatoren, machten sich große Hoffnungen auf die kommende Wahl und zum allerersten erwarten die Regierungsanhänger in vier Wahlkreisen Saskatchewan einen Erfolg.

(Fortsetzung auf Seite 8.)

...